

**Erklärung zu den zwischenstaatlichen Konsultationen zum Vorhaben
„Leistungserhöhung der Blöcke 1 und 2 im AKW Mochovce“ am 6. März 2008**

Radko Pavlovec, 5. März 2008

Das Land Oberösterreich legt Protest gegen die Missachtung des grenzüberschreitenden UVP-Verfahrens durch die slowakische Seite ein und fordert die Durchführung eines vollwertigen grenzüberschreitenden UVP-Verfahrens.

Aus der Sicht des Landes Oberösterreich ist die Leistungserhöhung mit gravierenden Auswirkungen auf die Versprödung des Reaktordruckbehälters verbunden. Die Frage der Funktionstüchtigkeit der Containment-Ersatzvorrichtung – als eine besondere Schwachstelle der WWER 440/213 –Reaktoren bekannt – muss angesichts der geplanten Leistungserhöhung ebenfalls mit besonderer Sorgfalt untersucht werden. Die kurzen Antworten der slowakischen Seite zu diesen Themenbereichen im bisherigen Bereich der Konsultationen werden als völlig unzureichend angesehen.

Das Land Oberösterreich fordert die Veranstaltung von Expertenworkshops zu diesen beiden Themenbereichen, um eine genauere Einschätzung vornehmen zu können und die weitere Vorgangsweise (spezielle Fragen bzw. Einsicht in die erforderlichen Dokumentationen) zu vereinbaren.

Angesichts der oben angeführten ernsthaften Bedenken kann das Land Oberösterreich dem Abschluss der zwischenstaatlichen Konsultationen zur Leistungserhöhung der Blöcke 1 und 2 im AKW Mochovce vor der vollständigen Klärung der oben angeführten Fragen auf keinen Fall zustimmen.

Wir möchten auf die Tatsache hinweisen, dass im Falle der geplanten Errichtung der Blöcke 3 und 4 in Mochovce ein neues Genehmigungsverfahren unerlässlich ist, in dessen Rahmen der aktuelle Stand der Technik zur Anwendung kommen muss. Es erscheint als selbstverständlich, dass dieser Genehmigungsprozess ein vollständiges grenzüberschreitendes UVP-Verfahren im Einklang mit der EU-Richtlinie und der Espoo-Konvention erfordert. Der Verweis auf die Baugenehmigung aus der Zeit des kommunistischen Regimes als Mittel zur Umgehung demokratiepolitischer Standards der heutigen EU kann unter keinen Umständen hingenommen werden.